

Stadtverordneten-Versammlung.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung standen zunächst die Berichte der Ausschüsse zum

Haushaltsplan für 1917.

Für die Ausschüsse berichten die Stadtverordneten Dr. Herz (Rp.), Hené (Rp.), Lion (nl.), Dr. Helff (Rp.), Wechstedt (Rp.) und Zielowski (Soz.). Die einzelnen Kapitel des Haushaltsplans werden nach den Anträgen der zuständigen Ausschüsse genehmigt und der gesamte Etat ohne Debatte angenommen.

Hierauf begründete Stadtv. Hopf (Soz.) eine Anfrage seiner Fraktion, wegen Einführung

von städtischem Kriegskleingeld.

Der Mangel an Kleingeld habe im täglichen Verkehr einen empfindlichen Notstand hervorgerufen. Detailgeschäfte, Warenhäuser und andere Betriebe seien, um dieser Kalamität abzuwehren, bereits zur Ausgabe von Gutschein geschritten. Eine bedenkliche Unsicherheit im Geldverkehr sei die Folge, da für diese Gutscheine jede Kontrolle und jede Gewähr fehle. Es sei deshalb erwünscht, daß die Stadt selbst die Ausgabe von Kriegs-Ersatzgeld, besonders für die kleinen Werte bis zu 50 Pfennigen in die Hand nehme.

Stadtrat Dr. Bleicher erklärte, der Magistrat habe die Frage schon mehrfach in Erwägung gezogen, sei aber zu der Meinung gekommen, daß die Schaffung städtischen Kleingelds nur im äußersten Notfall gerechtfertigt erscheine. Dieser Notfall liege aber heute kaum mehr vor, das Bedürfnis nach kleinen Werten habe sich auch nach dem Urteil der Handelskammer in den letzten Wochen sehr verringert. Die Ausgabe von Fünfzigpfennig-Scheinen, die der Magistrat vor kurzem beantragt habe, erübrige sich, da das Reich inzwischen zur Prägung von Fünfzigpfennigstücken aus Zink übergegangen und hierdurch eine Behebung der Kleingeldkalamität zu erwarten sei.

Stadtv. Hopf (Soz.) gibt seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß die Handelskammer von der Ausgabe städtischen Kleingeldes abgeraten habe.

Stadtv. Labenburg (nl.) wies die von dem Vorredner gegen die Handelskammer erhobenen Vorwürfe zurück. Die Kammer habe ihr Möglichstes getan, um die Schwierigkeiten des Geldverkehrs zu beheben. Sie habe im Verein mit der Reichsbank vor allem den Mangel an Ein- und Zweimarschein beseitigt.

Eine Reihe von Magistratsvorlagen, darunter die Wahl eines Bezirksvorstehers im 11. Bezirk, der Verkauf eines Grundstückes in der Gemarkung Oberrod, der Haushaltsplan des Vereinigten Almosensamens für 1917, die Schaffung einer Direktorstelle an der Eschersheimer Realschule und die Befetzung mehrerer Oberstadtschulstellen werden nach den Anträgen der zuständigen Ausschüsse debattelos genehmigt.

Eine weitere Vorlage des Magistrats fordert 105 000 Mark für die Organisation einer rationellen Sammlung und

Verwertung der Küchenabfälle.

Stadtrat Dr. Landmann begründete die Vorlage. Der Magistrat habe vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung mit der Kraftfutterstelle in Berlin einen Vertrag über die Sammlung und Verwertung von Küchenabfällen geschlossen, der spätestens bis zum 15. April ratifiziert sein müsse. Danach übernimmt die Stadt die Sammlung der Abfälle; sie erläßt zu diesem Zwecke eine Verordnung, daß künftig alle Küchenabfälle der Stadt zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Abfuhr erfolgt durch den städtischen Fuhrpark; auch die Sammelleimer werden durch die Stadt gestellt. Die Stadt führt die Abfälle an die Gesellschaft in Berlin ab und kann dafür von dieser entweder die Rücklieferung des daraus erzeugten Kraftfutters oder direkt dessen Herstellung gegen eine Vergütung von 1.75 Mark für den Zentner verlangen. Im ersteren Fall erhält die Stadt für den Zentner Abfälle 3.50 Mark und hat für den Zentner Kraftfutter 18 Mark zu zahlen. Die Organisation dieser

Maßnahme erfordert die Vermehrung des städtischen Fuhrparks um 26 Pferde, die ebenso wie die Güter von der Gesellschaft befergt werden. Die Stadt erhält ferner von der Gesellschaft ein unverzinsliches Darlehen von 30.000 Mark, dessen Tilgung in der Weise erfolgt, daß für jeden Zentner Abfälle 1 Mark abgeschrieben werden soll. Die Stadt hat das Recht, von der anfallenden Menge täglich 150 Zentner für ihre eigenen Zwecke zurückzubehalten. Bei der Ablieferung werde es ohne Zwang nicht gehen; kostenfrei davon sollen jedoch Wirtschaften, Krankenhäuser und die Bewohner der Außenviertel sein. Finanziell schneide die Stadt bei dem Abkommen nicht ungünstig ab.

Stadtverordneter Stolze (Rp.) hat Bedenken gegen die Einführung eines Zwangs bei der Ablieferung; er befürchtet dabei eine Beeinträchtigung der Kleintierzucht und Geflügelhaltung. Die Vermehrung des Pferdebestands habe wegen des Futtermangels ihre Bedenken.

Stadtverordneter Dr. Brud (Rp.) wünscht nähere Auskunft über die Gesellschaft. Auch er ist der Ansicht, daß nur die zwangsweise Ablieferung der Küchenabfälle Erfolg verspreche.

Stadtrat Dr. Landmann erklärte, daß die Stadt einstweilen nur 10 000 Sammelleimer zur Verfügung habe, ein Teil der Einwohner werde also von vornherein von der Ablieferungspflicht ausgeschlossen bleiben. Es sollen hier in erster Linie Kleintier- und Geflügelhalter berücksichtigt werden. Futtor sei auch für die neu einzustellenden Pferde in genügender Menge vorhanden. Die Gesellschaft sei eine staatlich-kommunale Gründung; auch das Reich habe einen Zuschuß gegeben. Privatkapital sei daran nicht beteiligt.

Die Vorlage wurde mit einem Zusatzantrag Brud, der Garantien für die Berücksichtigung der Interessen des Kleintierzüchters enthält, angenommen.

Eine Anzahl von Ausschussberichten, darunter ein Grundstückskauf und die Bildung je einer überzähligen Obersekunda an der Sachsenhäuser Oberrealschule und an der Helmholz-Realschule wurden genehmigt. Ferner wurden die vom Magistrat für die Organisation der städtischen Kohlenversorgung geforderten 50 000 Mark bewilligt. Abgelehnt wurde ein Antrag Fleischer, den Magistrat zu ersuchen, tunlichst bald eine statistische Erhebung über den Winterbedarf der Haushaltungen an Brennstoffen einzuleiten, bei der Zahl und Größe der Zimmer, Art und besondere Verhältnisse der Heizung und Zahl der Haushaltsmitglieder zu erfragen und durch besondere Fragen zu ermitteln wäre, ob und inwiefern die Einlagerung des gesamten Winterbedarfs in den Kellern des Haushalts möglich ist. Auf Grund der Angaben könnten dann erforderlichenfalls Brennstoffarten für den ganzen Winter ausgegeben werden. Die gleichmäßige und gerechte Verteilung der Brennstoffe ist dann durch die Kohlenverteilungstelle im engen Zusammenwirken mit dem Groß- und Kleinhandel zu regeln.

Eine Eingabe der Direktoren der Mittelschulen und des Mittelschullehrer-Vereins wegen Entwidlung des Frankfurter Mittelschulwesens wurde zusammen mit dem Antrag auf Errichtung einer auf der Volksschule aufgebauten Uebergangsklasse für hervorragend begabte Volksschüler auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt. Die für heute, Freitag, anberaumte Sitzung findet nicht statt.